

Dokument 68

Ressort: Politik Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.06.2011, Nr. 127, S. 10

Ein fauler Kompromiss?

IN NORDRHEIN-WESTFALEN WOLLEN DIE PARTEIEN ZU EINEM SCHULFRIEDEN GELANGEN / VON REINER BURGER

DÜSSELDORF, im Mai

Derzeit wird in Nordrhein-Westfalen wieder viel über einen längst überfälligen Schulfrieden gesprochen. Die Schulpolitik ist zwischen Rhein und Weser schon seit langem ein besonders schwer umkämpftes politisches Feld. SPD und (später an ihrer Seite) die Grünen setzen seit Jahrzehnten auf die vorgeblichen Segnungen des "längeren gemeinsamen Lernens" und wollen das Schulsystem im Namen der Bildungsgerechtigkeit grundlegend umbauen - auch wenn es dafür noch immer keine wissenschaftliche Begründung gibt. Lange hieß ihr Ziel "integrierte Gesamtschule".

Dagegen kämpfte die CDU, die ein gegliedertes System bevorzugt, ebenso lange. Ein Volksbegehren im Jahr 1978 war ein großer schulpolitischer Erfolg für die Union. Hinzu kam im Dezember 1983 ein Urteil des nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshofs (VGH) zum Gesamtschulgesetz. Die Auflösung der Hauptschule in der integrierten Gesamtschule verstoße gegen die Verfassung des Landes, so die Richter. Zwar ist die Hauptschule heute ein Auslaufmodell, weil immer weniger Eltern ihre Kinder auf diesen Schultyp schicken wollen. Doch die Bestandgarantie für die Hauptschule in der nordrhein-westfälischen Landesverfassung existiert noch immer.

Will die rot-grüne Minderheitsregierung nicht Schiffbruch erleiden mit ihrer Strukturreform, die nun den Namen "Gemeinschaftsschule" trägt, muss sie deshalb nicht nur das Schulgesetz entsprechend novellieren. Sie muss auch die Verfassung ändern. Weil dies nur mit einer Zweidrittelmehrheit des Parlaments geschehen kann, brauchen SPD und Grüne die CDU. Die Bestandgarantie für die Hauptschule ist das Faustpfand der Union. Aber weiß sie damit auch umzugehen? Die nordrhein-westfälische CDU hatte noch im Landtagswahlkampf im vergangenen Jahr scheinbar unbeeindruckt von der demographischen Entwicklung so getan, als könne das Schulsystem des Landes weitgehend unverändert bleiben. Unter ihrem neuen Vorsitzenden Norbert Röttgen hat sie sich in den vergangenen Monaten erheblich bewegt. Ein in Teilen der Partei hochumstrittenes Signal an Rot-Grün war, dass die CDU auf ihrem Landesparteitag in Siegen am 12. März ihren Frieden mit der Gesamtschule machte. In den neuen schulpolitischen Leitlinien der CDU heißt es zwar, einen Weg, "der absehbar am Ende auf eine Einheitsschule hinausläuft", werde man "nicht kampflös mitgehen". Zugleich aber würdigt die Partei Gesamtschulen nun als "ein Element eines vielfältigen Schulsystems".

Im Ringen gegen die von SPD und Grünen vorangetriebene Zusammenführung von Haupt-, Realschulen und Gymnasien zu "Gemeinschaftsschulen" sind die schulpolitischen Leitlinien auch aus einem anderen Grund kein großer Wurf. Statt wie - zwischenzeitlich auch die

Bundes-CDU - konsequent auf ein zweigliedriges Schulsystem mit Mittel- oder Verbundschulen auf der einen und Gymnasien auf der anderen Seite zu setzen, sollen Verbundschulen auf freiwilliger Basis entstehen. Mit ihrem Siegener Papier ist die CDU nicht konkurrenzfähig. Dabei war sie Anfang der neunziger Jahre schon einmal weiter, als sie der SPD einen Schulkompromiss auf der Grundlage des sächsischen Zwei-Säulen-Modells anbot. Etwas verkürzt sollte der "Handel" damals lauten: Hauptschule gegen Gesamtschule. Die Union reagierte damals auf ein Schulgutachten im Auftrag der sozialdemokratischen Landesregierung, das dem nordrhein-westfälischen Schulsystem ein verheerendes Zeugnis ausgestellt hatte. Die Gutachter forderten als erste schnelle Gegenmaßnahme unter anderem ein Ende der Privilegierung der Gesamtschulen.

Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) weist gerne darauf hin, dass die CDU unter dem Druck ihrer eigenen Basis stehe. Tatsächlich finden die 14 Schulversuche zur "Gemeinschaftsschule" vor allem in Orten mit bürgerlichen Mehrheiten statt. Mit einigem Geschick nutzt die Ministerin die Nöte von Land-Bürgermeistern, die in Zeiten des demographischen Wandels fürchten, die Schule nicht in ihrem Dorf halten zu können. Ihnen ist der Wirtschafts- und Standortfaktor Schule wichtiger, als langfristig ein vielfältiges und qualitätssicherndes regionales Schulangebot zu bewahren.

Verlockend ist auch der Umstand, dass an "Gemeinschaftsschulen" nach "gymnasialen Standards" unterrichtet werden muss. Manche kleine Gemeinde, in der es nie ein Gymnasium gab, träumt vom kommunalen Bildungsaufstieg - bestehende Gymnasien im ländlichen Raum dagegen befürchten, karnalisiert zu werden.

So gern die Schulministerin darauf hinweist, die CDU müsse sich bewegen, so sehr steht sie selbst unter Erfolgsdruck. Schon auf mittlere Sicht lassen sich ihre 14 Schulversuche nicht als großen politischen Erfolg verkaufen. Schließlich haben sich SPD und Grüne im vergangenen Jahr in ihrem Koalitionsvertrag darauf festgelegt, bis 2015 sollten 30 Prozent aller weiterführenden Schulen zu "Gemeinschaftsschulen" zusammengelegt werden. Hinzu kommen juristische Auseinandersetzungen. Im April untersagte das Verwaltungsgericht Arnsberg der Kommune Finnentrop vorerst eine "Gemeinschaftsschule" einzurichten, weil es an einer verfassungskonformen Regelung fehle. Derzeit liegt die Sache beim Oberverwaltungsgericht.

Vor wenigen Tagen hat eine von Ministerin Löhrmann einberufene Bildungskonferenz ihre Empfehlungen vorgelegt. Mit der Idee, ein solches Gremium einzusetzen, hat sich Frau Löhrmann verdient gemacht. Jahrelang war Schulpolitik ein erbitterter Stellungskrieg. Nun saßen alle Beteiligten erstmals zusammen und rangen ernsthaft um Gemeinsamkeiten. In der wichtigsten Angelegenheit, der Frage nach der Schulstruktur, brachte die Konferenz freilich keinen Konsens.

Das Gremium zog sich stattdessen mit dem Vorschlag aus der Affäre, den Kommunen sollten sowohl organisatorische Verbände (Verbund- oder Mittelschulen) als auch integrative Zusammenschlüsse verschiedener Schulformen (Gesamt- und Gemeinschaftsschulen) erlaubt werden. Frau Löhrmann nennt die Empfehlungen "salomonisch".

Tatsächlich aber wäre es SPD und Grünen bei einem solchen "Frieden" möglich, ihr Reformprojekt mit einfachen Mitteln nach altbekanntem Muster weiter ungestört

voranzutreiben. Schon jetzt werden die "Gemeinschaftsschulen" wie einst die Gesamtschulen gezielt bevorzugt: Sie haben kleinere Klassen als Real-, Hauptschulen und Gymnasien, ihre Lehrer müssen weniger Unterrichtsstunden geben, sie bekommen ein höheres Fortbildungsbudget. Zudem will Frau Löhrmann wie alle anderen Spitzen-Grünen dem Gymnasium - wohlgermerkt der weitaus erfolgreichsten Schulform im Land - keine Bestandsgarantie geben. Der Landesvorsitzende der Grünen, Sven Lehmann, sagt, das Gymnasium sei "keine heilige Kuh". Zugleich versichert der Chef der Grünen-Fraktion, Reiner Priggen: "Keiner von uns wird die Gymnasien anpacken, schließlich haben wir selbst unsere Kinder dort."

Aber wie soll es dann gelingen, in wenigen Jahren 30 Prozent der weiterführenden Schulen zu "Gemeinschaftsschulen" zusammenzufügen? Die Taktik der Grünen (die SPD ist schulpolitisch derzeit kaum zu vernehmen) ist durchsichtig: Ihr Ziel ist es, die Opposition einzubinden, ohne vom uralten Projekt Einheitsschule wesentlich abzurücken. Passt die bürgerliche Opposition nicht auf, lässt sie sich auf einen faulen Kompromiss ein. Dann hat sie nach dem Thema Finanzen bald auch das Thema Schule verloren.

**ALLE RECHTE VORBEHALTEN: (C) F.A.Z. GMBH, FRANKFURT AM MAIN
ZUR VERFÜGUNG GESTELLT VOM FRANKFURTER ALLGEMEINE ARCHIV.**